



**SCHWARZWILD-ABSCHUSS GING NACH HINTEN LOS**

# Uckermark-Sau tötet Treiber bei Hetzjagd

Von MAX THOMA | Waidmanns-Unheil! Beim Versuch, einem weidwund geschossenen Schwarzkittel den finalen Gnadenschuss zu versetzen, tötete ein aggressives Problem-Schwein einen seiner Verfolger, 50. Wie der [Uckermark-Kurier](#) berichtet, wehrte sich die in die Enge getriebene Sau bei einer „Hetzjagd“ am Wochenende mit einer gezielten Attacke in den Unterleib des Treibers. Der Verletzte wurde noch im Schweinsgalopp in das Klinikum Greifswald eingeliefert, verstarb aber an den zugefügten Verletzungen des Schweines aus Mecklenburg-Vorpommern.

**Schwarzkittel-Rotte: Jäger werden zu Gejagten – bis die Schwarte kracht!**

Das schweinische Jagddrama nahm seinen unheilvollen Lauf, als Treiber am Sonntag versuchten, eine Schwarzwildrotte aufzuscheuchen, vor sich her zu treiben und zu erlegen. Denn die grundsätzlich „friedliebende Gattung“ ([wikipedia](#)) importiert eine große wirtschaftliche Gefahr nach Deutschland:

Die gemeine Uckermark-Sau ist bevorzugter Träger der „Afrikanischen Schweinepest“ (ASP) und zeichnet auch

verantwortlich für weitere eingeschleppte Epidemien, die auf indigene Schlachtvieh-Populationen überspringen können. Außerdem bringt sie Parasiten in unsere Ökosysteme mit. Nicht umsonst wurde dieser Tage seitens des Landwirtschaftsministeriums eine [„Pürzel-Prämie“](#) für den Abschuss von älteren Bachen, deren Frischlinge keine Führung mehr benötigen, ausgelobt – als alternativlose Abwrackprämie des Schädlings.

### **Pürzel-Prämie soll Abschuss-Frequenz forcieren**

Als Nachweis für das gestreckte Schwarzwild soll nach Informationen der [„Schweriner Volkszeitung“](#) der Pürzel – der Schwanz des Wildschweins – beim zuständigen Amt eingereicht werden. Agrarminister Till Backhaus, SPD, forderte die Hegegemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern auf, dem xenogenen Schadvieh mittels verstärkter [Drückjagden vehement an die Schwarte](#) zu gehen. Vom Landesjagdverband – Sektion „Laufender Keiler“ – gab es angesichts der ungeklärten Fragen zur akuten Gefahrenabwehr noch keine [verbindliche Aussage](#). „Wir haben täglich Jäger, die nachfragen, wie es nun gehandhabt wird. Ich weiß es nicht“, bestätigte Geschäftsführerin Kati Ebel.

### **Hubertus Heil! Treffen sich zwei Jäger ...**

Das große Halali begann traditionell zum Hubertustag nach der Bundestagswahl, als die Jagdsaison mit großem Horrido eröffnet wurde. Bereits im Oktober kam es zu Übergriffen des [aggressiven Schwarzwilds](#), das in Deutschland nun zunehmend aus seinem natürlichen Suhl-Habitat vertrieben wird: Zwei völlig verstörte Leittiere gingen in einer norddeutschen Kleinstadt auf Passanten los und verletzten vier Menschen teils schwer, nachdem sie tierisch in die Enge getrieben wurden. Sie konnten in einer Bankfiliale festgesetzt werden – da der Einsatz von Schusswaffen dort nicht möglich war, wurden sie zunächst betäubt. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Ruhe zu bewahren und „wachsam zu bleiben“. Horrido-Joho!

## **Fremdbestimmter Abgang verhindert – Fangschuss ging nach hinten los**

Bei dem Jagdunlück am Sonntag versuchte der beherzte Pirschgänger, das weidwunde Muttertier mit einem alternativlosen Fangschuss endgültig von seinen Qualen zu erlösen und ihm „eins auf die zwölf zu geben“. Doch mit unbändigem [Überlebenswillen](#) (Schweine-Motto: „Wir schaffen das“) versetzte die widerborstige wilde Wutz ihrem Widersacher eine gehörige Blutraute ins Gemächt und beförderte ihn sodann in die ewigen Jagdgründe. Die Jagd wurde daraufhin abgeblasen.

Als die Helfer eintrafen, war der gejagte Jäger mit seinem Latein am Ende. Alle Bemühungen, ihn wiederzubeleben, waren nicht hilfreich. Nach dem Tod des Waidmanns soll eine Obduktion die genaue Todesursache klären. „Wir erhoffen uns dadurch mehr Klarheit im gesamten Fall“, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Stralsund, Martin Cloppenburg, am Dienstag.

„Der Vorfall zeigt, wie wehrhaft Wildschweine sind“, erklärte Achim Froitzheim, der Sprecher des Kreises Vorpommern-Greifswald. Vor allem von der Rotte ausgegrenzte Altsauen seien im Abgang besonders sensibel und angriffslustig. In einem Symposium des Leibniz-Instituts Berlin und der Universität Rostock wird nun über Methoden diskutiert, wie das Problem angegangen werden kann. Etwa mit großen Fallen, in denen gleich mehrere Schwarzkittel gefangen werden können. Speziell in Ostdeutschland hatte es am Wochenende mehrere größere Saujagden gegeben.

## **Berlin – die Hauptstadt der wilden Schweine**

Wildschweine suhlen sich gerne im Schlamm – und wie ein Magnet zieht vor allem die [Bundeshauptstadt Berlin](#) mit ihrer einzigartigen Biodiversität seit einigen Jahren versaute Artgenossen an: Dort habe die Zahl der anpassungsfähigen Müllfresser drastisch zugenommen, zum Leidwesen der

Bevölkerung. Schätzungen gehen inzwischen von sogar bis zu 10.000 Berliner Schädlingen aus, 4.000 im unmittelbaren Stadtgebiet. Derk Ehlert, Wildtierexperte des Landes Berlin, sieht einen klaren Trend: „Vor 30 Jahren waren es immer mal ein paar Schweine, die in Berlin gesichtet wurden“, sagt er. „Aber wie häufig ich in den vergangenen Jahren Wildschweine gesehen habe, das ist schon enorm.“

„Wir haben Berlin in ein Schweineparadies verwandelt. Und immer mehr Tiere kommen auf Futtersuche in die Stadt“, so der Experte. „Die Population wird so lange weiterwachsen, bis das Futter knapp wird“, sagt Ehlert. Und da ist in Berlin noch viel zu holen. Schnell haben die borstigen Intelligenz-Bestien auch verstanden, dass ihnen in Berlin keinerlei Bejagung droht.

### **Babylon Berlin: „Transformatorische Siedlungsregion“**

Schwarzkittel leben im Familienverband, der Rotte, in der eine straffe Rangfolge herrscht. Bei gut gegliederten Verbänden in intakter Ordnung synchronisiert die älteste Bache (das „Hauptschwein“) die Kopulationsbereitschaft der gesamten Schwarzwild-Sippe. Viele Rotten, die sogenannten „Stadtschweine“, leben mittlerweile permanent an der Spree: Üblicherweise wagen sie sich nicht in dicht besiedelte Stadtteile und meiden menschliche Nähe. Parks und Gärten, wie der gepflegte „Görli“ oder der „Tiergarten“ sind aber ihre bevorzugten Plätze geworden, denn dort gibt es auch Möglichkeiten zum unbejagten Rückzug. „Wildschweine sind sehr intelligent“, erklärt Derk Ehlert. „Die Bache macht es vor, die Frischlinge schauen zu und merken es sich, und zwar für immer.“

Wildschweine seien friedliebende Tiere, auf deren [„Speiseplan keine Menschen stehen“](#), trotzdem werden bis zu 20 Attacken pro Jahr allein in Berlin gezählt, auch auf dem Alexanderplatz wurden bereits zwei „Leitbachen“ zur Strecke gebracht und nach

fröhlichem Halali halal ausgewurstet.

## **Problem „Problemschwein“ – Betonfundamente sollen helfen**

Auch in der Hauptstadt geht eine besondere Gefahr von alternden Mutter-Tieren aus: Laut „[berlin.de](https://www.berlin.de)“ solle man bei einem derartigen Miss-Piggy-Erlebnis in jedem Falle Ruhe bewahren und nicht voreilig handeln – das „Ausstrahlen von Ruhe und Gelassenheit hilft, die Situation zu entschärfen“. Beachte man alle Vorsichtsmaßnahmen, kann es dennoch zu ungemütlichen Begegnungen, sogar vor der eigenen Haustüre kommen. Bewohner können sich vor unliebsamem Eindringen durch „Umfriedung“ ihres Hab und Guts helfen – wie die offizielle Seite [berlin.de](https://www.berlin.de) rät: „Hilfreich dabei ist ein stabiles Betonfundament mit einem Sockel“.

Ein Schwein, wer Böses dabei denkt. Waidmanns-Dank!

---



# **De Maizière völlig gaga! Staatlicher Zugriff auf alle digitalen Geräte**

Von L.S.GABRIEL | Thomas De Maizière, derzeit geschäftsführender Bundesinnenminister will endlich Zugriff auf die Privatsphäre aller Bürger immer und an jedem Ort bekommen, zumindest digital.

Einem Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) zufolge, soll die Industrie verpflichtet werden, deutschen Sicherheitsbehörden de facto einen Schlüssel zur Hintertür in alle Computer, Smart-TVs und private Autos in die Hand zu geben.

Angeblich solle so die „verdeckte Überwindung von Sicherheitssystemen“ erleichtert werden. Heißt, dass der Überwachungsstaat derzeit Probleme hat, Abhörgeräte zum Beispiel in Fahrzeugen zu platzieren, weil die Sicherheitseinrichtungen das heimliche Eindringen zunehmend erschweren bis unmöglich machen. Es könne jetzt eben sein, dass der Auszuspionierende unverzüglich von der Alarmtechnik über die Manipulation an seinem Fahrzeug informiert würde.

Diese Nachricht an den Besitzer soll, wenn es der orwellschen Diktatur passt, unterbunden werden können. Dazu will man der Industrie vorschreiben, ihre Programmierprotokolle offenzulegen.

Das [RND berichtet](#):

*Der Antrag ist mit „Handlungsbedarf zur gesetzlichen Verpflichtung Dritter für Maßnahmen der verdeckten Informationserhebung nach §§ 100c und 100f StPO“ überschrieben. De Maizière will damit den sogenannten Lauschangriff durch den „Einsatz technischer Mittel gegen Einzelne“ drastisch erweitern. Vor allem großen Konzernen und Produzenten von digitalen Sicherheitssystemen soll eine Auskunftspflicht und Mitteilungsverpflichtung auferlegt werden. [...]*

*De Maizière will sich mit einer Verpflichtung der Automobilindustrie nach RND-Informationen nicht zufriedengeben. Gemeinsam mit den Unions-Innenministern der Länder verlangt er in einer zusätzlichen Protokollnotiz, die geplante Entwicklungen mit erfassen zu können“.*

## **Willkommen in Orwells Welt**

„Technikoffen formuliert“ bedeutet, diese geplante Vorschrift soll als eine Art Gummiparagraph angelegt sein, der es dem Staat infolge jederzeit ermöglicht den digitalen Lauschangriff auf alle privaten Geräte auszuweiten, die mit dem Internet verbunden sind. Mit den vorschriftsmäßig beim Regime abgelieferten Zugriffsrechten könnten dann private Smartphones, Computer aller Art bis hin zum Smart-TV oder digitalisierten Küchengeräten ausspioniert werden oder, wie im Falle von mit Kameras versehenen Geräten, zur Überwachung jeder Tätigkeit des Nutzers dienen.

Dass dazu ein richterlicher Beschluss von Nöten wäre, würde wohl im Einzelfall kaum ein wirkliches Hindernis für dieses verkommene, bürgerfeindliche System sein.

*De Maizière will außerdem eine Ermächtigung für die Sicherheitsbehörden, im Krisenfall private Rechner herunterfahren. Ein „Fachkonzept zum Takedown von Botnetzen“ sieht vor, Sicherheitsbehörden künftig zu gestatten, private Daten abzugreifen, um Endkunden rechtzeitig zu warnen, wenn Hacker ihre Computer für kriminelle Zwecke missbrauchen wollen. [...]. Durch das unbemerkte Zusammenschalten von ungeschützten Privatrechnern zu sogenannten Botnetzen gelingt es Kriminellen immer häufiger, infizierte Programme weltweit zu verbreiten und dadurch Schäden in Milliardenhöhe zu verursachen.*

Alles also zu unserer „Sicherheit“.

Für den Fall, dass Online-Provider diese erzwungene „Zusammenarbeit“ verweigerten sollen „weitreichende Strafen“ verhängt werden können.

## **Der mögliche „Kill-Switch“**

Was den Zugriff auf die Computer von Fahrzeugen betrifft, wäre

es dann jedem, der Zugang zu dieser staatlichen Hintertür habe, theoretisch möglich jederzeit „Unfälle“ zu inszenieren.

Frank Rieger, Sprecher des Chaos Computer Club (CCC) nannte die Pläne gegenüber [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org), einen „Frontalangriff auf die digitale und physische Sicherheit aller Bürger“ .

*Der Zwang zu Software-Hintertüren bedeute, dass in Zukunft jedes Alltagsgerät ganz legal aus der Ferne zu einer Geheimdienst-Wanze gemacht werden könne: „Und ein Zugriff auf die IT eines modernen Autos bedeutet Gefahr für Leib und Leben: ein buchstäblicher Kill-Switch.“*

Wider Erwarten kommt hier sogar Kritik aus den Reihen der SPD: „Der Bundesinnenminister hat scheinbar jeglichen realpolitischen Anstand verloren“, erklärte der bayerische Bundestagsabgeordnete und Innenexperte Uli Grötsch gegenüber dem [SPIEGEL](http://www.spiegel.de).

## **Das Ende jeder Privatsphäre**

Volker Tripp von der Digitalen Gesellschaft warnt vor dem totalen Verlust der Privatsphäre. Es gebe dann „keinerlei Rückzugsraum und keinerlei Unbefangenheit“ mehr. Er bezeichnet die Pläne als die „Antithese zu einem freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat“, sie widersprächen diametral dem Menschenbild des Grundgesetzes.

Bernhard Rohleder, der Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands Bitkom zeigt sich ebenso entsetzt denn: „In Zukunft werden alle Geräte, Gebäude und im Übrigen auch fast alle Menschen mit dem Internet verbunden sein“, so Rohleder. Hier gehe es darum, „staatlichen Zugriff auf schlichtweg alles, jedes und jeden zu erhalten“.

Allein, dass ein deutscher Minister keine Bedenken hat, so ein Vorhaben auch nur ansatzweise in Erwägung zu ziehen, zeigt in welchem Zustand sich Deutschland befindet. Offenbar fühlt die



Zerstörerelite sich so sicher in ihrer Herrschaft, dass sie nicht einmal Hemmungen zeigt, offen und ungeniert zu kolportieren einen totalitären Überwachungsstaat installieren zu wollen. Wenn dieser Albtraum Wirklichkeit wird, würde das Regieren dann aber auch endlich ganz leicht, schließlich kann man Kritiker dann sogar in ihrem eigenen Heim mit einem gerade passenden elektronischen Gerät um die Ecke bringen.

---



## **AfD auf dem Weg zur Volkspartei**

Die AfD konstituierte sich am vergangenen Wochenende beim 8. Bundesparteitag in Hannover neu, der Vorstand wurde gewählt und die Stimmung war insgesamt – entgegen anderslautender Medien-Meldungen – gut und konstruktiv. Keine Frage: Die AfD wird immer mehr zum ernsthaften politischen Player mit der Aussicht auf die Stärke einer Volkspartei.

Im PI-NEWS-Interview mit dem AfD-MdB Hansjörg Müller (Traunstein, Bayern), einem der vier parlamentarischen Geschäftsführer, zeigt sich, welche Brückenbau-Arbeiten der Partei intern und extern anstehen. Aus seiner Sicht erklärt er, welche Stärken die junge Partei im Bundestag zeigt und was die parlamentarische Arbeit an spannenden Trends und Begegnungen mit sich bringt. Und nicht zuletzt, wie die verschiedenen Parteiteile durch eine kluge Führung von

Alexander Gauland zusammengehalten werden.

Es scheint, als ließe die junge Partei gerade ihre Hochpubertät hinter sich und wird „erwachsen“ – professioneller und fairer im Umgang, aber politisch weiter inkorrekt und unnachgiebig in den Zielen. Warum das so ist, zeigen folgende Beobachtungen.

### **AfD-Flügel hören auf, sich zu bekämpfen, sondern beginnen, sich zu respektieren**

Jörg Meuthen spricht von einem „integrativen Führungsstil“ in der Nach-Petry-Ära, Björn Höcke redet von Versöhnung und Heilung, Georg Padzerski von Volkspartei, Guido Reil von „großer Familie“. Selbst hartgesottene Flügler sind zufrieden, denn die ständigen gegenseitigen Belehrungen, Dämonisierungen innerhalb der Partei kommen zur Beruhigung. Der Ton bleibt dem politischen Gegner gegenüber klar und deutlich – und nach innen sehr viel moderater.

Die Einsicht wächst, dass weder der konservativ-moderate auf der einen noch der mehr nationaler ausgerichtete Teil auf der anderen Seite der Partei ohne einander auskommen. Vielmehr sind sie auf einander angewiesen, wenn es um das Erreichen gemeinsamer Ziele geht. Hart in der Auseinandersetzung, kommen aber doch Aussagen von Bewerbern für die Vorstandsbeisitzer wie „Gehen wir gut miteinander um – wir haben nur uns“...

### **Unüberbücbare Aussagen – oder zwei Seiten einer Medaille?**

Die Risse in der Partei sind nicht verschwunden, aber das gegenseitige Verständnis wächst. Am deutlichsten wurden Unterschiede in den Bewerberreden von Georg Padzerski und Doris von Sayn-Wittgenstein deutlich. Padzerski forderte, die AfD müsse in allen Gesellschaftsbereichen stärker engagiert sein und damit akzeptierter werden, um weitere Mitglieder zu erhalten und im Wählerpotential zu wachsen: „Niemand soll sich mehr ausgegrenzt fühlen, wenn er Mitglied der AfD ist“. Sayn-Wittgenstein hingegen „will gar nicht in der Gesellschaft

ankommen“, die ja die AfD sowieso ausgrenze und strebt weiter in Richtung Fundamentalopposition.

Diese zunächst unüberbrückbaren Aussagen sind aber beide richtig, und Ziele, die sich nicht in jedem Fall widersprechen. Denn die AfD kann einerseits ihren inhaltlichen Stand beibehalten, ohne sich anzupassen – und trotzdem der noch existierenden gesellschaftlichen Ausgrenzung durch kontinuierliches Werben und Einbringen in gesellschaftliche Gruppen und Prozesse verändern. Mit Rebellionsgeist und Lautsein allein ist es offensichtlich nicht getan, aber ohne Klartext und Faktenbrillanz auch nicht.

**Höcke: „Wir dürfen die junge Generation in Deutschland nicht verlieren“**

Dazu passen auch aktuelle Zitate von Björn Höcke, so sagte er im PI-NEWS-Interview und in seiner Rede auf der Compact-Konferenz auch im Hinblick auf die Verfolgung seiner Person und der Ausgrenzung der AfD: „Natürlich könnten wir gleiches mit gleichem vergelten, das ist das, was wir nicht tun dürfen... Wir haben den Auftrag, etwas ganz anderes zu leisten, etwas zu tun, was in der Geschichte noch niemals gelungen ist: diesen tiefen Riss, den das politische Establishment diesem Land, diesem Volk zugefügt hat, zu heilen. Das ist unser Auftrag!“ Die AfD müsse als Volkspartei die Interessen aller Gruppen im Land vertreten.

Die AfD im Bundestag macht es vor. Die unterschiedlichen Parlamentarier stimmen sich ab, arbeiten eng zusammen, bereiten sich exakt vor und fast die gesamte Partei ist in Reden im Plenum anwesend. Das zwingt die anderen Parteien dazu, ebenfalls in größerer Anzahl an Debatten teilzunehmen – erst so wird Demokratie und fachübergreifendes Wissen gefördert! Und selbst von Parlamentariern der CDU und FDP wird die AfD eher freundlich empfangen – solange keine große Kamera dabei ist, wie uns Bundestagsabgeordnete der AfD versichern.

Auch hier baue die AfD schon einmal Brücken zu den konservativen Politikern.

### **Persönlichkeiten, die Menschen mitnehmen für positive Ziele**

Dass die AfD sich in die Breite verändert, zeigt die [Zusammensetzung des Bundesvorstandes](#). Mit Kay Gottschalk, Guido Reil, Stephan Potschka, Steffen Königer kommt frischer Wind in die AfD-Führung – Leute, die mit Intelligenz, Witz und Redekunst auffallen – und insbesondere dadurch, dass sie aus ganz verschiedenen politischen Ecken stammen. So kommen Gottschalk und Reil z.B. aus einem SPD-Hintergrund. Interessant wird sein, wie sich eher Liberale und Wirtschaftsleute wie Meuthen und Weidel dann mit neuen wirtschaftspolitischen Ideen und Strömungen umgehen – und wie die AfD die unterschiedlichen Sichten am Ende bündelt. In jedem Fall bildet die AfD das breite Spektrum ab, quasi die politische Bundesrepublik im Kleinformat. Es hängt also ganz entscheidend von der Einheit und dem Umgang voneinander ab, ob die AfD auch diese Themen erfolgreich angeht und sich in Zukunft wählbar aufstellt.

Eines eint aber alle: das gemeinsame Ziel der Verhinderung einer überflutenden Islamisierung Deutschlands und Europas, die Veränderung einer desaströs-bedrohlichen Euro-Finanzpolitik und das Abwenden eines zwanghaften Euro-Einheitsstaates mit Abschaffung nationaler Kompetenzen in Verschiebung auf die EU-Ebene – und die damit verbundenen Korrekturen in Medien und Bildung. Das alles ist der Grund, warum die AfD so gehasst wird. Dass es ganz anders geht, zeigt uns das Beispiel Österreich. Und dass das auch in Deutschland geht, das wird diese schlagkräftige und mit Fachleuten großzügig bestückte AfD beweisen.

---



# Frankreich: Gericht schließt Halal-Markt und verhängt Geldstrafe

In Colombes, einer Stadt im Großraum Paris wurde ein Halal-Supermarkt gerichtlich geschlossen. Anwohner hatten sich darüber beschwert, dass Soulemene Yalcin, der Besitzer des Ladens, mit seinem ausschließlich Islam-kompatiblen Angebot den „allgemeinen Bedingungen für Lebensmittelgeschäfte“ zuwider handle.

Doch der Moslem weigerte sich seine Produktpalette den westlichen Gegebenheiten anzupassen. Da half es auch nichts, dass sogar Nicole Goueta, die verständnisvolle Bürgermeisterin von Colombes, persönlich das Geschäft aufsuchte, um Yalcin zu drängen, wie sonst in Frankreich üblich, auch Alkohol und Schweinefleischprodukte zu verkaufen. Das tat sie wohl, weil der Vermieter des Ladenlokals die „Colombes Habitat Public“ (CHP), der kommunale Sozialbauträger ist und als solcher besonders im Fokus der Öffentlichkeit steht, seine Einheiten den gültigen Gesetzen entsprechend zu verwalten.

Der Rechtgläubige nahm aber, wie für diese Klientel üblich, für sich in Anspruch die Gesetze einfach anders zu „interpretieren“. Seiner Meinung nach erfülle er die Bedingung ein Angebot für „alle“ zu haben. Er passe selbiges eben an seine Kundschaft an, argumentierte er.

„Seine“ Kundschaft besteht so natürlich nur aus Moslems, aber das sind eben für Leute wie Soulemane Yalcin die einzig relevanten Menschen.

### **„Ungläubige“ müssen weitere Wege in Kauf nehmen**

Alle „Ungläubigen“ des Viertels, die weder HalalfräÙ noch Gebetsteppiche kaufen wollten wichen so auf andere, weiter weg gelegene Supermärkte aus. Sie finden auch, dass es eben nicht normal sei in Frankreich, in einem Supermarkt keinen Alkohol, kein Schweinefleisch und keine anderen Produkte, die für Moslems haram (verboten) sind zu kaufen gebe. „Wenn wir Freunde empfangen und eine Flasche Wein wollen, müssen wir zum Leclerc-Hypermarkt gehen, während wir diesen kleinen Supermarkt gleich nebenan haben. Warum wird hier eine Gemeinschaft gegenüber einer anderen bevorzugt?“, zitiert [Le Parisien](#) eine Anwohnerin.

Nun [machte ein Gericht dem Zauber ein Ende](#) und entschied, dass der Markt nicht „die Bedürfnisse aller Einwohner“ erfülle und somit geschlossen werden muss und verhängte zusätzlich eine Geldstrafe von 4.000 Euro.

Geht doch!



# Klonovsky über Merkel-Galgen, Kunst und die wortelastische Presse

Was anständig gebliebene Mitarbeiter der Qualitätspresse gegenüber dem Facebook-Pöbel vor allem auszeichnet, ist ihr Sinn für das Angemessene. Sie bleiben immer sachlich. Zum Beispiel schreibt ein solcher Qualitätsjournalist keineswegs Verniedlichungen wie: „Entgegen der ersten Meldung über einen Messerangriff auf den Bürgermeister von Altena trug der Politiker dabei nur eine leichte oberflächliche Verletzung davon. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Berichten handelte der alkoholisierte Täter aus persönlichen Motiven. Nach dem Erkenntnisstand der Staatsanwaltschaft geschah die Tat auch nicht geplant, sondern spontan“ ([hier](#)).

Sondern er setzt direkt unter das Foto, das den Bürgermeister Hollstein mit einem ca. 5 Zentimeter Wundauflage bedeckenden Pflaster am Hals bei der Pressekonferenz einen Tag nach dem Angriff zeigt, die Zeile: „Bürgermeister bei Messerattacke schwer verletzt. Die 15 Zentimeter lange Schnittwunde musste notärztlich versorgt werden. Der Täter handelte aus fremdenfeindlichen Motiven.“

Oder er schreibt unter [dieses](#) Foto vom „Pegida-Galgen“ für Frau Merkel und Herrn Gabriel: „Das Original war riesig, furchteinflößend. Das Werkzeug eines Lynch-Mobs. Bei einer Pegida-Demonstration in Dresden am 12. Oktober 2015 brachte ein Teilnehmer den lebensgroßen Galgen auf den Theaterplatz mit.“

Der Terminus „lebensgroß“ ist, wie man sieht, eine Art Passepartout. Lebensgroß ist auch eine Krawattennadel. Der „riesige, furchteinflößende“ Galgen trüge allenfalls eine Katze, ohne einzustürzen. Der „Lynch-Mob“, in dessen Mitte er

auftauchte, versammelt sich seit zwei Jahren, ohne dass ein Tröpfchen Blut floss, ausgenommen das von engagierten antifaschistischen Gegendemonstranten vergossene. Was bleibt, ist eine Flegelei und Unappetitlichkeit, die ein Premiumjournalist aber nicht durchgehen lassen darf, denn „schon damals war für viele erstaunlich, dass die Staatsanwaltschaft Dresden ihre Ermittlungen gegen den namentlich bekannten Mann einstellte. Jetzt findet die Geschichte eine Fortsetzung. Die sächsische Justiz hat auch den Verkauf kleiner Nachbildungen der Merkel-Galgen gebilligt, als Polit-Souvenirs. Das heißt, die Galgen dürfen in Serie gehen.“

Ist das komisch? Nein, ist es nicht. Komisch war allenfalls die Parole „Tötet Helmut Kohl!“, über die Christoph Schlingensiefel, dem der geniale Claim einfiel, im *Spiegel* [erklärte](#): „Wenn ich sage ‚Tötet Helmut Kohl‘, bewahre ich ihn davor, weil ich das Bild ausspreche. Bei meiner Festnahme in Kassel haben ein paar Zuschauer gerufen ‚Tötet Christoph Schlingensiefel!‘ Das fand ich gut, damit haben sie mich bewahrt.“ Na ja, bei seiner Aktion „Tötet Möllemann!“ hat das mit dem Bewahrtwerden nicht ganz geklappt, aber immerhin [schrieb](#) der *Spiegel* damals, das war im Juni 2002, bis zum Selbstmord des Politikers sollte oder musste noch ein ganzes Jahr vergehen, Schlingensiefel habe es „tatsächlich geschafft, Jürgen Möllemann aus der Reserve zu locken und auf die Palme zu bringen“. Ins Flugzeug? Nein, nein, auf die Palme. Und dann war da noch die [Kunstaktion](#) „Tötet Roger Köppel!“ im Herbst 2015, die Philipp Ruch veranstaltete, der legendäre Gründer des „Zentrums für politische Schönheit“, Holocauststelenaufsteller, Höckehausbelagerer und Zivilgesellschafts-IM. Der meinte das aber nicht so.

Nun also der „Merkel-Galgen“, in Worten ausgedrückt: „Tötet Angela Merkel!“ Die sächsische Justiz hat das bislang gültige Muster übernommen, dass es sich um eine polemische Überspitzung handele, die von der Kunstfreiheit gedeckt und



nicht wörtlich zu nehmen sei. Und das wollen wir doch hoffen!  
Erinnern wir uns der Worte, die Leonidas im Film „300“ an den  
Verräter Ephialtes richtet: „Mögest du ewig leben.“

Gott schenke auch Frau Merkel ein langes Leben!

---



## **US-Botschaft soll nach Jerusalem – Moslems und Politiker heulen auf**

Nachdem US-Präsident Donald Trump den Präsidenten der sogenannten „Palästinenser“, Mahmud Abbas, am Dienstag offiziell vom Vorhaben, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, informierte, sind Systemmedien und der Islam sich einmal wieder einig, ihm sagen zu müssen, was er besser bleiben lassen sollte.

Schon im Januar, als er die Verlegung erstmals zum Thema machte erhielt Abbas ausgerechnet vom Oberhaupt der katholischen Christen Unterstützung, [Druck auf Trump auszuüben](#).

Jetzt wägt er, wie das alle sechs Monate seit 1995 von US-Präsidenten getan wird eine Verlegung ab und die weltweite islamaffine Politikerkaste heult mit Medien und Moslems im Gleichklang, ob dieses „Affronts“. Schon vor 22 Jahren

beschloss der US-Kongress diesen Schritt, seither wurde der Termin dazu aber gemäß einer Klausel des Beschlusses jeweils um sechs Monate aufgeschoben. Am Montag lief die neuerliche Frist ab. Trumps Vorgänger entschieden den Aufschub ausnahmslos immer. Aber dieser Präsident versprach die Verlegung schon in seinem Wahlkampf. Ein Sprecher des Weißen Hauses sagte, für Trump sei nicht die Frage, ob die Botschaft nach Jerusalem verlegt werde, sondern wann. Die Verlegung wäre gleichzusetzen mit einer Annerkennung Jerusalems als Hauptstadt. Trumps Entscheidung wird für heute Abend erwartet.

### **Islam droht mit Gewalt und Terror**

Nicht nur arabische Politiker heben nun den drohenden Zeigefinger und „warnen“ vor „Fanatismus und Gewalt“, auch, wie könnte es anders sein, Bundesaußenminister Sigmar Gabriel fühlt sich, im Gleichklang mit der Türkei berufen dem US-Präsidenten zu sagen, was er zu tun habe.

Alles was „die Krise“, wie der Krieg des Islam gegen Israel verniedlichend genannt wird, verschärfe, sei in diesen Zeiten kontraproduktiv, [so der deutsche Außenminister](#). Auch die Türkei stemmt sich naturgemäß vehement gegen die Anerkennung Jerusalems. Türkenführer Erdogan sprach von einer „roten Linie für Muslime“ und droht mit dem Abbruch der Beziehungen zu Israel. Die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels wäre „ein harter Schlag gegen das Gewissen der Menschheit“, polterte Erdogan, der offenbar nur Moslems als Menschen sieht.

Die EUdSSR bläst ins gleiche Horn. EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erklärte, „der Status Jerusalems als künftige Hauptstadt beider Staaten“ müsse „durch Verhandlungen“ gelöst werden. Als ob der Islam mit sich verhandeln lassen würde. Ähnlich tönt auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron.

Saudi-Arabien zeigte sich „ernsthaft und tief besorgt“. So ein Schritt würde den „historischen Rechten“ des palästinensischen

Volkes auf Jerusalem widersprechen und die Moslems provozieren, heißt es.

Die Terrortruppe Hamas droht wie immer mit Gewalt und rief für Mittwoch zu einem „Tag des Zorns“ und zu einer neuen Intifada auf. Aber auch Saudi-Arabien, das sich zuletzt Israel spürbar annäherte, warnte: Ein „solcher gefährlicher Schritt“ werde wahrscheinlich „die Leidenschaft von Muslimen in der ganzen Welt aufflammen lassen“.

### **Israel nimmt's gelassen**

Ganz anders sieht man das in Israel. Der israelische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman wünscht sich von Donald Trump, diese „historische Gelegenheit“ zu ergreifen. Ähnlich äußerte sich auch Israels Bildungsminister Naftali Bennett (45) und verwies darauf, dass auch die israelischen Botschaften sich schließlich in Berlin und Washington und nicht in München und New York, befänden „Israel ist stark. Staaten sollten nicht vor Gewaltandrohung kapitulieren, sondern das Richtige tun“, [kommentierte er die Drohungen](#).

Die Reaktion, westlicher Medien wundert nicht, die der Politiker ist erschreckend. Zeigt sie doch wohin die Reise gehen sollte – alles unterwirft sich dem Gewaltdiktat des Islam. Bei jeder Entscheidung müsste man demnach erst einmal abwägen, ob dadurch die Sprengfreudigkeit der Korannazis der Welt nicht eventuell gefördert würde. Irre sind aber durch nichts zu beschwichtigen. Der Islam wird immer einen neuen Grund finden zu morden.

---



## Dresden: Al-Nusra-Terrorist verurteilt und freigelassen

Am Dienstag befand das Oberlandesgericht (OLG) Dresden einen syrischen VIP-Gast der Kanzlerin der Mitgliedschaft in einer ausländischen Terrorvereinigung für schuldig. Der 25-jährige „Schutzsuchende“ Nasser A. hatte sich eigenen Angaben zufolge 2014 mehrere Wochen lang bei den islamischen Schlächtern der Al-Nusra-Front zum Allah-Krieger ausbilden lassen und habe der Terrorbande als [Wachmann gedient](#). Im Sommer 2014 reiste er in die Türkei, von da ging es weiter nach Deutschland, wohin seine Gastgeberin, die deutsche Kanzlerin ja alle angeblich „Fliehenden“ eingeladen hatte. Ab 2015 lebte er als Asylforderer in Chemnitz.

Dreimal erzählte der zum Dschihadisten Ausgebildete der Polizei seine Geschichte, erst dann, im Februar 2017 kam er nach einem Anti-Terroreinsatz in Untersuchungshaft. Nasser A. soll auch bei der Entführung von Journalisten dabei gewesen sein.

Die Al-Nusra-Banden, in unseren Fake-News-Medien verharmlosend stets als „Rebellen“ bezeichnet, kämpfen gegen Assad, mit dem Ziel ihn zu stürzen und die Scharia als einziges Gesetz zu verwirklichen. Letzteres führte auch der Vorsitzende Richter Thomas Freseman in seinem nun ergangenen Urteil aus. Allerdings ist er auch der Ansicht, die Al-Nusra beschäftige sich hauptsächlich mit Anschlägen auf militärische Einrichtungen und Kämpfe mit Militärs, Zivilisten stünden aber

weniger im Fokus der Schlächter. Das empfanden die zum Teil wie Schafe geschlachteten Christen der nördlich von Damaskus gelegenen Stadt Adra vermutlich ganz anders, wo Al-Nusra Ende 2013 ein Blutband anrichtete ([PI-NEWS berichtete](#)).

## **Behörden „erheblich überlastet“ – Gefährder wollte wohl nur spielen**

Vermutlich um schneller als „Flüchtling“ anerkannt zu werden hatte Nasser A. anfangs behauptet zum Einsatz bei Al-Nusra gezwungen worden zu sein, später gestand er aber, sich freiwillig den islamischen Mördern angeschlossen zu haben.

Nicht nur, dass der Dschihadist drei Anläufe brauchte, bis die Behörden endlich in Gang kamen, es hätten auch weitere Ermittlungsfehler Staatsanwalt Michael Wehnert zum Schluss kommen lassen, dass die [Ermittlungen „unzulänglich“](#) geführt worden seien. So soll wohl u.a. auch ein vom Angeklagten selbst veröffentlichtes Bild, das ihn in Al-Nusra-Kampfmontur mit einer Kalaschnikow in der Hand zeigte, nicht sofort zu polizeilichen Maßnahmen geführt haben. Grund laut Richter: „Erheblichen Überlastung der Ermittlungsbehörden“.

Die Staatsanwaltschaft forderte zweieinhalb Jahre Haft. Der Senat hielt sich aber eher an die Verharmlosungen des Anwaltes, der den islamischen Gefährder als einfachen Mann beschrieb, der nicht als besonders „religiös“ aufgefallen war und dem es schon schwer fiel, einen längeren Text zu lesen (als ob man zum Kopfab schneiden und Erschießen Abitur bräuchte). Das Foto habe er nur gepostet, um sich in Szene zu setzen. Ausserdem sah das Gericht es als Milderungsgrund an, dass der Mann sich selbst gestellt habe. Auch könne dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden, dass er tatsächlich gekämpft hätte.

Und so lautete das Urteil auf 22 Monate Haft, ausgesetzt zur Bewährung. Nasser A. verließ den Gerichtssaal als freier Mann – gerade noch rechtzeitig um sich eventuell auf einen

Weihnachtsmarktbesuch vorzubereiten.

Offenbar ist es in Deutschland gar nicht so leicht in den Knast zu gehen, es sei denn man ist Deutscher und bezahlt die GEZ-Gebühren nicht. (lsg)